





CO

Bürgereingabe nach § 24 GO an Bezirksvertretung Mitte, Bielefeld,

- zum Erlass einer Veränderungssperre gem. § 14 Abs. 1 BauGB durch die Stadt Bielefeld für den zu überplanenden Bereich Bahnhofsumfeld
- zur Einrichtung einer gesonderten Arbeitsgruppe, die sich mit der Lösung unten beschriebenen und im Anhang ausführlich erläuterten Thematik unter BürgerInnenbeteiligung befasst.

Begründung

Probleme durch Drogenkonsum, Alkoholmissbrauch, Kriminalität und Vermüllung im und um das Ostmannturmviertel: Planerischer Umgang und Lösungsvorschläge

Das Ostmannturmviertel liegt im Schnittpunkt bekannter Treffpunkte der Alkohol- und Drogenszene, an denen Drogen gehandelt und konsumiert werden: Kesselbrink, Bahnhofsvorplatz ("Tüte") und Drogenhilfezentrum Borsigstraße. Die Laufwege zwischen diesen Plätzen kreuzen das Quartier, und die Innenhöfe und ruhigen Ecken im Viertel werden zum Handel und Konsum von Drogen und Prostitution genutzt.

Alle bisherigen Gegenmaßnahmen hatten nur temporäre Effekte. Sie führten nicht zu einer nachhaltigen Verbesserung der seit Jahren bestehenden Betroffenheit des Ostmannturmviertels. Es fehlt eine konsistente und auf Dauer angelegte Strategie mit verbindlichen Regeln für ein konfliktfreies öffentliches Leben im Viertel und in der Stadt.

Die BewohnerInnen des Quartiers fordern seitens der Stadt endlich tragfähige Verbesserungen und schlagen einen umfassenderen Ansatz vor:

- Unterstützen aller betroffenen Bevölkerungsgruppen
- Bauliche und freiraumplanerische Anpassungen (Beseitigung von Konfliktzonen und Angsträumen; Förderung stadtgemeinschaftlichen öffentlichen Lebens)

Im Zentrum der Überlegungen steht, wie allen Betroffenen durch bauliche und freiraumplanerische Gestaltung geholfen und Konfliktsituationen weitestmöglich vermieden werden können. Wir erneuern unsere Forderung an die Stadt nach einer Lösung der Problematiken.

Die angestoßene bauliche und freiraumplanerische Neugestaltung und Aufwertung des Bahnhofsumfeldes verlangt statt sektoraler und einzelfallweiser Ansätze ein räumlich-funktionales Gesamtkonzept, in dem zwingend zu berücksichtigen ist:

- die Planung einer Anlaufstelle und eines dezidierten Aufenthaltsorts für die öffentlich Drogen und Alkohol konsumierende Szene im zu überplanenden Bereich.
- die Einrichtung eines Substitutionsangebotes der etablierten Bielefelder Drogenhilfe
- die maßgeblich das Umfeld beeinflussenden Faktoren einer Diamorphin-Großpraxis externer Investoren

Die Veränderungssperre zieht darauf ab, dass keine Planungen oder Maßnahmen beschlossen und umgesetzt werden, ohne dass vorgenannte Punkte angemessen berücksichtigt und in die Planung integriert sind.

Bielefeld, den 31. Januar 2023

Anhang; ergänzende, ausführliche Begründung





Anhang zur Bürgereingabe nach § 24 GO an die Bezirksvertretung Mitte, Bielefeld, vorgelegt vom Nachbarschaftsrat Ostmannturmviertel, namentlich vertreten durch und und Bankannturm, Bielefeld

Begründung

Inhaltsverzeichnis

1.	Drogenkonsum, Alkoholmissbrauch, Kriminalität und Vermüllung im und um das Ostmannturmviertel: Planerischer Umgang und Lösungsvorschläge	2
2.	Unterstützen aller betroffenen Bevölkerungsgruppen	2
3.	Bauliche und freiraumplanerische Anpassungen (Beseitigung von Konfliktzonen und Angsträumen; Förderung stadtgemeinschaftlichen öffentlichen Lebens) - Neue Entwicklungen berücksichtigeneine weitere Idee	3
	Das Ostmannturmviertel: Gelebte und gelungene Integration, die "abzurutschen" droht	
4.	Rechtliche Rahmenbedingungen und Einhaltung von Regeln	e
5	Riirgereingahe nach § 24 GO	-





1. Drogenkonsum, Alkoholmissbrauch, Kriminalität und Vermüllung im und um das Ostmannturmviertel: Planerischer Umgang und Lösungsvorschläge Hier: Stellungnahme II des Nachbarschaftsrates Ostmannturmviertel

Das Ostmannturmviertel liegt im Schnittpunkt bekannter Treffpunkte, an denen legale und illegale Drogen gehandelt und konsumiert werden: Kesselbrink, Bahnhofsvorplatz ("Tüte") und Drogenhilfezentrum Borsigstraße. Die Laufwege zwischen diesen Plätzen kreuzen das Quartier und die Innenhöfe und ruhigen Ecken im Viertel werden zu ungestörtem Handel, dem Konsum vornehmlich illegaler Drogen und der Prostitution genutzt.

Alle bisher getroffenen Maßnahmen haben bestenfalls temporäre Effekte gezeitigt, nicht aber zu einer nachhaltigen Verbesserung der seit Jahren bestehenden Betroffenheit des Ostmannturmviertels geführt, vielmehr ist das Gegenteil der Fall. Die Zahl der KonsumentInnen hat unserer Erfahrung nach zugenommen. Vor allem wird, anscheinend ohne Bedenken, vor der Stadthalle und auf den Wegen in unmittelbarer Umgebung der Wohnhäuser öffentlich konsumiert und gedealt, mit den hinlänglich bekannten Folgeerscheinungen, einschließlich Attacken mit Körperverletzung. Es fehlt u. E. eine konsistente und auf Dauer angelegte Strategie mit verbindlichen Regeln für ein konfliktfreies, öffentliches Leben im Viertel und in der Stadt.

Als betroffene BewohnerInnen des Quartiers wollen wir nicht in der Rolle der Klage Führenden verharren, sondern konkrete Vorschläge für einen umfassenderen Ansatz in die laufende Diskussion einbringen. Diese lassen sich unter folgenden Hauptfeldern zusammenfassen:

- Unterstützen aller betroffenen Bevölkerungsgruppen
- Bauliche und freiraumplanerische Anpassungen (Beseitigung von Konfliktzonen und Angsträumen; Förderung stadtgemeinschaftlichen öffentlichen Lebens)
- Rechtliche Grundlagen und Rechtssicherheit

2. Unterstützen aller betroffenen Bevölkerungsgruppen

Drogenabhängige und Alkoholiker treffen sich auf öffentlichen Plätzen in unserem unmittelbaren Wohnumfeld. In aller Öffentlichkeit werden dort Rauschmittel gedealt, gespritzt, geraucht oder konsumiert. Auch Prostitution ist feststellbar und findet im unmittelbaren Wohnumfeld statt. Gewaltdelikte auch gegen Unbeteiligte und zunehmende Vermüllung und Verschmutzung sind weitere Folgen. In diesem Umfeld mag sich kaum jemand von den Anwohnern aufhalten, die Orte und Plätze werden als bedrohlich und abstoßend wahrgenommen und gemieden. Die Wohnqualität wird massiv entwertet.

Unter den "Gegenmaßnahmen" gegen die Alkohol- und Drogenszene leiden auch die Anwohner. So sind alle Sitzbänke im Viertel abgebaut worden, damit Trinker und Drogenabhängige sich nicht hier niederlassen, andere vergraulen oder sogar gefährden. Der Spielplatz an der Brandenburger Str. ist





fest in der Hand von Dealern und ihren Konsumenten - für Familien nicht nutzbar. Die Büsche, die für Grün und bessere Wohnumfeldqualität im Viertel sorgen sollten, sind beseitigt worden, um der Drogenprostitution Einhalt zu gebieten und um nicht länger für Defäkation genutzt zu werden.

Doch Familien und Anwohner haben Rechte und brauchen öffentliche Räume für ihr sicheres und friedvolles Leben und ihre Kontakte unter freiem Himmel: Kinder, die draußen spielen; NachbarInnen, die auf dem Bürgersteig plaudern oder sich auf die Bänke an den Wegen setzen; Ältere, die sich auf ihren Besorgungswegen zwischendurch ausruhen müssen.

Die Folgen: Die skizzierten Maßnahmen der städtischen Drogenpolitik mit entsprechender Freiraumgestaltung führten zur Konzentration der Drogen- und Trinkergruppen vor der Stadthalle, an der sog. Tüte und auf dem Kesselbrink. Leider ist weder hinreichende Vorsorge für diese Entwicklung getroffen worden, noch sind begleitende hinreichende Sorgemaßnahmen wahrnehmbar. Eklatant ist der Mangel an öffentlich zugänglichen Toiletten. Das führt v.a. im Sommer zu unerträglichem Uringestank zwischen Herforder Straße und Hotel Bielefelder Hof. Hauseingänge, der Weg durch die Brandenburger Straße und Paulusstraße, sowie der Aufzug zur Stadtbahn, sonstige Ecken und die Wellentäler vor der Stadthalle werden zur Darmentleerung genutzt. Das ist unwürdig für alle Betroffenen – sowohl für diejenigen, die sich mangels Toilette öffentlich erleichtern müssen, als auch für diejenigen, die damit konfrontiert werden.

- Wir vom Nachbarschaftsrat sind der Meinung, dass die öffentliche städtische Hand durch ihre Maßnahmen alle Bevölkerungsgruppen angemessen zu berücksichtigen hat. Und zwar so, dass die unterschiedlichen Gruppen nicht unnötig aneinandergeraten. Andernfalls entstehen Konflikte, die sowohl vorhersehbar als auch vermeidbar sind.
- Wir im Ostmannturmviertel sind daran interessiert, unseren Beitrag zur Vermeidung von Konfliktsituationen zu leisten.
- Wir nehmen für uns in Anspruch, aufgrund unserer Erfahrung und täglichen "Begegnung" wertvolle Beiträge zur Lösung der Probleme beitragen zu können.
- 3. Bauliche und freiraumplanerische Anpassungen (Beseitigung von Konfliktzonen und Angsträumen; Förderung stadtgemeinschaftlichen öffentlichen Lebens)

Im Zentrum unserer Überlegungen steht, wie allen Betroffenen durch bauliche und freiraumplanerische Gestaltung geholfen und Konfliktsituationen weitestmöglich vermieden werden können. Im März 2020 haben wir bereits Überlegungen und Vorschläge zur Bewältigung der Drogenproblematik im und um das Ostmannturmviertel vorgelegt, die wir allen demokratischen Parteien vor der Kommunalwahl zugesandt haben. Vertreter von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, Bürgernähe und LiB haben mündlich oder schriftlich Stellung genommen. Dabei ist es geblieben, es gab keine weiterführenden Gespräche und Kontakte. Wir erneuern deshalb unsere Forderung an die Stadt nach einer Lösung der Problematiken.





Neue Entwicklungen berücksichtigen

- Inzwischen haben sich neue Entwicklungen und Herausforderungen ergeben, auf deren Bewältigung wir mit dieser neuen Stellungnahme Einfluss nehmen möchten.
- Die Planung einer Diamorphinpraxis durch das Unternehmen Medicus in der Nahariyastrasse hat uns alarmiert. Eine dortige Praxis zur Versorgung von bis zu 400 Schwerstabhängigen aus der Region in unmittelbarer Nachbarschaft zum Ostmannturmviertel würde bedeuten, dass zahlreiche Kranke von auswärts anreisen würden und Orte zum Verweilen suchen müssten. Es sind in vielen Fällen mehrere, über den Tag verteilte Gaben des künstlich hergestellten Heroins bei unheilbarer Abhängigkeit medizinisch notwendig.
- Schon jetzt und seit Jahren zunehmend sind die BewohnerInnen des Viertels davon betroffen, quasi als erweiterter Szene-Ort für Tüte, Stadthallenvorplatz und Kesselbrink zu fungieren, wie eingangs beschrieben. Zudem durchqueren KonsumentInnen auf dem Weg zum Drogenhilfezentrum in der Borsigstraße das Viertel. In einem Gespräch im Rathaus am 25.7.2022, wo wir unsere Bedenken vortrugen, erfuhren wir, dass Sozialdezernent Ingo Nürnberger und die Leitungspersonen des Drogenhilfezentrums, Cornelia Borgmann und Michael Wiese, ebenfalls Bedenken gegenüber der angedachten Planung haben, die hinsichtlich der Verträglichkeit für die Bielefelder Stadtbevölkerung als überdimensioniert gilt.
- Inzwischen wurde ein Gegenmodell vorgelegt, das an die Bielefelder Bedingungen angepasst sei und nur Bielefelder Abhängige berücksichtigen soll. Leider finden die Bedingungen des Ostmannturmviertels darin keine Berücksichtigung. Wie die NW am 17. November 2022 berichtet, will die Stadt im räumlichen Kontext der Drogenanlaufstelle Borsigstraße eine eigene Diamorphinpraxis einrichten, in der die Bielefelder unheilbar Heroinkranken mit Ersatzheroin versorgt werden sollen. Wieder wird unser Viertel als Durchgangsgebiet eingeplant.
- Aktuell ist eine Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes und Bahnhofsumgebung von der Stadt als Planungsauftrag (Machbarkeitsstudie) vergeben worden. Im Zuge des Workshops am 30. September 2022 in der Stadthalle zur Bürgerbeteiligung ist allen Anwesenden klar geworden, dass eine sinnvolle Umgestaltung untrennbar mit der Klärung des Aufenthaltsorts der Drogen- und Trinkerszene verbunden ist. Wir betonen, dass auch der Platz für eine Diamorphinpraxis für Bielefelder Abhängige zu dem Themenfeld gehört und mit geplant werden muss.





Wir bringen in diesem Zusammenhang eine weitere Idee in die Diskussion ein:

Die Nahariyastraße als Ort für das DHZ, für die Bielefelder Diamorphinpraxis und als Aufenthaltsort für die öffentlich Drogen und Alkohol konsumierende Szenen

- Im Bahnhofsumfeld (Nahariyastr., Mindener Str.) muss eine Anlaufstelle und Aufenthaltsfläche für die Drogen und Alkohol konsumierende Szene mit geplant werden. Dazu gehören (neben durchzusetzenden Platzordnungen) eine Grünanlage und unabdingbar Toiletten und andere öffentliche Versorgungsinfrastruktur. Wir glauben, dass dadurch die potenziell konfliktiven Begegnungen der verschiedenen Gruppierungen der StadtbewohnerInnen reduziert werden können: Der Weg vom Bahnhof zur U-Bahn, zur Kongresshalle und zur Stadthalle, sowie zwischen Viertel, Stadtbahn und Bahnhof.
- Wir sind uns der besonderen Herausforderungen bewusst, die ein innerstädtisches Wohnviertel in Bahnhofsnähe mit sich bringt. Hier findet unser Alltagsleben statt, wofür wir verantwortlich sind und was uns unmittelbar angeht. Wir, die BewohnerInnen, gestalten das Leben im Viertel nicht nur de facto, sondern wir fordern auch eine aktive Beteiligung de jure an der städtischen Planung unseres Wohnumfeldes.

Das Ostmannturmviertel: gelebte und gelungene Integration, die "abzurutschen" droht

- Die betroffenen Menschen im Viertel: Das sind Alt und Jung, Familien und MieterInnen der BGW- Häuser, der (Eigentums) Wohnungen um den Nelson-Mandela-Platz und der im Norden und Süden angrenzenden Straßen, das Umweltzentrum, als auch über die August-Bebel-Straße hinüber in der Heinrichstraße, bis einschließlich der Paulusstraße.
- Das Viertel zeichnet sich durch eine besondere Offenheit hinsichtlich des sozialen Miteinanders aus. Die Koexistenz von Menschen unterschiedlicher Lebenswelten im Ostmannturmviertel gelingt gut. Wir versammeln uns um den "Runden Tisch", im Nachbarschaftsrat, im Umweltzentrum, in der Kita Weltwärts und zum Nachbarschaftsfest auf dem Nelson-Mandela-Platz. Hier ist ein innerstädtisch-bürgerliches Viertel ganz eigener Prägung gelungen.
- Sein Charakter ist jedoch seit Jahren stetig zunehmend dadurch bedroht, dass der unmittelbar angrenzende Platz vor der Stadthalle und der Stadtbahnhaltestelle 'Tüte' dabei ist, sich in einen Hotspot zu verwandeln, der wie ein Krake in das Viertel hineinragt und es vereinnahmt. Das ist spätestens seit dem Sommer 2022 bedrohlich deutlich geworden. 'Hotspot' heißt, dass die Präsenz von DrogenkonsumentInnen, Dealern und alkoholisierten Personen so überhandnimmt, dass andere Leute den Platz meiden, sich BewohnerInnen zu bestimmten Zeiten nur mit Ängsten vor die Tür trauen.





• Problematisch und abschreckend: Jede Bewohnerin und jeder Bewohner des Ostmannturmviertels kann von entsprechenden Begegnungen und Konfrontationen berichten. So werden Stimmen laut, die sich auf dem Workshop vom 30. September 2022 unter dem Motto zusammenfassen ließen: "Ich will hier wohnen bleiben, aber "Mit anderen Worten: "Wenn das so weitergeht mit der Verwahrlosung, dann muss ich hier wegziehen" (Selma, BGW-Haus). Oder: "Dann muss ich mein Haus mein geliebtes Haus verkaufen", klagt eine betagte Hausbesitzerin, "damit ich mir woanders meinen eigenständigen Alterssitz herrichten kann, so wie ich es hier über die Jahre, Stück für Stück getan habe". (Inge, Brandenburger Str.). "Besser jetzt verkaufen", sagt Franz B., "bevor die Gegend so in Verruf kommt, dass man nichts mehr dafür bekommt."

4. Rechtliche Rahmenbedingungen und Einhaltung von Regeln

- Bei dem besonderen innerstädtischen Kontaktfeld Tüte/ Stadthallenvorfeld/ Ostmannturmviertel bedarf es passender Regelungen, deren Einhaltung von <u>allen</u> Beteiligten aus den jeweils anderen Lebenswelten eingefordert werden muss.
- Zurzeit entsteht innerhalb des Viertels der Eindruck, dass auf Seiten von Mitgliedern des Rats und der städtischen Verwaltung ein Ungleichgewicht entsteht: Einerseits führt die Sorge um die zunehmende Zahl der Dropouts zu mehr Zuwendung für die Betroffenen, andererseits wird das Gleichgewicht hinsichtlich der Wohnbevölkerung aus dem Blick verloren. Es ist ungerecht und abschreckend, dass die AnwohnerInnen ein Wohnumfeld schaffen, in dem sich angenehm leben lässt Bürgersteige sauber halten, Müll beseitigen, Bäume, Hecken, Innenhöfe pflegen und andere dies, mehr oder minder ungestraft, zerstören.
- Tatsächlich haben Kräfte des Ordnungsamts und der Polizei in den letzten Jahren ihren Einsatz zur Kontrolle der Regeleinhaltung erhöht. Gerade aber die vermeintlich kleineren Delikte, wie Dealen von geringeren Mengen, Prostitution oder Gruppenbesäufnisse, deren Versprengte sich lautstark im Viertel austoben, werden wenig belangt, wenn nicht völlig von den verschiedenen Ordnungshütern ignoriert. Es sind aber genau diese Delikte, die die vielfachen Konflikte nach sich ziehen.
- Der Versuch, der Probleme an der Tüte durch ein Alkoholverbot Herr zu werden, ist an den engen gesetzlichen Vorgaben in NRW gescheitert. Dass es anders geht, hat Baden-Württemberg mit einem entsprechenden Gesetz vorgemacht, das den Kommunen größere Handlungsspielräume bei Problemlagen durch Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen einräumt. Hier sehen wir die Politik und besonders den Oberbürgermeister gefordert, auf die Landesregierung einzuwirken, durch entsprechende Gesetzgebung den ordnungsrechtlichen Rahmen für die Kommunen zu erweitern. Probleme mit öffentlichem Alkoholkonsum werden viele Städte in NRW haben.





• Ein wesentlicher Aspekt für die Wirksamkeit von Regeln ist die konsequente Sanktionierung von Straftaten. Zu Recht frustriert es die Polizeibeamten, wenn abends gefasste Dealer am nächsten Morgen wieder auf freiem Fuß sind und ihre Geschäfte fortsetzen. Auch Ordnungswidrigkeiten müssen verfolgt werden. Der Umstand, "dass bei denen eh' nichts zu holen ist", kann nicht einen Verzicht auf Sanktion bedeuten. Dann müssen andere Möglichkeiten gefunden und auch umgesetzt werden, z.B. ausgewiesene Orte/Plätze, wo Kleindelikte geduldet werden und dafür konsequenter Verweis anderenorts.

5. Bürgereingabe nach § 24 GO

Wir legen aus den oben genannten Gründen gem. § 24 GO an die Bezirksvertretung Mitte, Bielefeld, diese Bürgereingabe vor, mit der Bitte

- zum Erlass einer Veränderungssperre gem. § 14 Abs. 1 BauGB durch die Stadt Bielefeld zur Sicherung einer angemessenen Planung, welche die oben genannten Problematiken erfasst und planerisch-konzeptionell unter vorbildlicher Bürgerbeteiligung überzeugend löst. Die Veränderungssperre zielt darauf ab, dass keine Planungen oder Maßnahmen beschlossen und umgesetzt werden, ohne dass vorgenannte Punkte angemessen berücksichtigt und in die Planung integriert sind.
- und des Weiteren um die Einrichtung einer gesonderten Arbeitsgruppe, die sich mit der Lösung oben genannter Thematik unter BürgerInnenbeteiligung befasst.

